

Islam und Demokratie – ein schwieriges Verhältnis

Ruud Koopmans

Als vor 50 Jahren das WZB gegründet wurde, waren Demokratie und Menschenrechte in großen Teilen der Welt Mangelware. Ich will nun keinen ursächlichen Zusammenhang unterstellen, aber muss doch festhalten, dass die Welt sich seitdem sehr zum Guten entwickelt hat. In Lateinamerika, Afrika und Asien herrschten bis auf wenige Ausnahmen autoritäre Regime, Osteuropa ächzte unter dem Joch kommunistischer Diktaturen, in Spanien und Portugal herrschten die Faschisten Franco und Salazar, und in Griechenland hatte das Militär die Macht übernommen. Weltweit waren nur drei von zehn Ländern demokratisch. Seitdem hat die Demokratie große Fortschritte gemacht. Es ist schwer vorstellbar, dass in populären Urlaubsländern wie Spanien und Griechenland vor nicht allzu langer Zeit grausame autoritäre Regime herrschten. Militärregime in Südamerika wie Argentinien, Chile und Brasilien wurden von stabilen Demokratien abgelöst, ebenso wie die Diktaturen in Südkorea und Taiwan und das Apartheid-Regime in Südafrika. Überall auf der Welt hat die Demokratie ihre Flügel ausgebreitet.

Überall? Nein, an einem Teil der Welt ist die Demokratisierungswelle der letzten 50 Jahre völlig vorbeigegangen. Anfang der 1970er-Jahre gab es weltweit 36 unabhängige Länder mit einer islamischen

Mehrheitsbevölkerung. Nur vier von ihnen – Libanon, Malaysia, Gambia und die Malediven – waren laut dem Freedom House Index of Political Rights and Civil Liberties freie Demokratien. Damit lag der Anteil der Demokratien in der islamischen Welt mit 11 Prozent bereits damals deutlich unter dem der nicht islamischen Länder (38 Prozent). Seitdem ist die Kluft zwischen der islamischen und der nicht islamischen Welt noch viel größer geworden. In der nicht islamischen Welt ist Demokratie inzwischen zur Norm geworden: 57 Prozent der nicht muslimischen Länder sind demokratisch, und nur 15 Prozent haben unfreie, autoritäre Regime. Die restlichen 28 Prozent bezeichnet Freedom House als „teilweise frei“. In der islamischen Welt sind die Verhältnisse genau umgekehrt: 53 Prozent der Länder sind autoritär regiert, magere 4 Prozent sind demokratisch. Im Jahr 2018 gab es nur zwei demokratische Länder mit einer islamischen Mehrheitsbevölkerung: Senegal und Tunesien. Bis vor wenigen Jahren konnten mit Mali und Indonesien zwei weitere islamische Länder als Demokratien betrachtet werden, aber unter dem Einfluss fundamentalistischer Bewegungen haben diese sich mittlerweile in eine autoritäre Richtung bewegt. Eine Zeitlang schien auch die Türkei auf dem richtigen Weg zu sein, aber seit 2010, als das Land am Übergang zur Demokratie

schien, rutschte es unter der Führung von Recep Tayyip Erdoğan an immer weiter in den Autoritarismus. Der „Arabische Frühling“ von 2010 und 2011, der Freiheit und Demokratie hätte bringen sollen, brachte – mit Tunesien als einziger Ausnahme – das Gegenteil: blutige Bürgerkriege in Syrien, Irak und Libyen und eine globale Terrorwelle.

Der Unterschied zwischen der islamischen und der nicht islamischen Welt lässt sich nicht durch Armut, die Kolonialvergangenheit oder wirtschaftliche Abhängigkeit von Öl und anderen Rohstoffen erklären. Die Defizite bei Demokratie und Menschenrechten und die Zunahme gewalttätiger Konflikte in der islamischen Welt sind vielmehr auf den Aufstieg des religiösen Fundamentalismus seit den 1970er-Jahren zurückzuführen. Die Sehnsucht nach einem Staat auf islamischer Basis hat dazu geführt, dass viele Länder ihr Rechtssystem an der Scharia ausgerichtet haben. Manchmal geschah dies, wie im Iran, im Sudan oder in Afghanistan, weil Islamisten die Macht ergriffen, in anderen Fällen, wie in Pakistan und Ägypten, weil die herrschenden Autokraten den Islam für ihre Zwecke mobilisierten und islamische Gesetze einführten, um den Islamisten damit den Wind aus den Segeln zu nehmen. Im Jahr 2018 ist die Scharia in 29 der 47 unabhängigen islamischen Staaten explizit Teil des Rechtssystems, und auch die meisten anderen islamischen Staaten haben Gesetze, die sich aus dem Scharia-Recht ableiten.

Wo der Staat die Regeln des islamischen Rechts übernimmt, sind Frauen Bürger zweiter Klasse; es gibt keine Freiheit der Religionskritik und keine sexuelle Freiheit. Unter dem Vorwand, den Islam und

den Propheten zu schützen, wird die Meinungsfreiheit fast überall in der muslimischen Welt mit Füßen getreten, und angebliche Gotteslästerer, Abtrünnige und Atheisten werden unterdrückt; manchmal vom Staat, manchmal von der Bevölkerung, oft von beiden Seiten. Homosexuelle haben in vielen Ländern kein einfaches Leben, aber in den meisten islamischen Ländern haben sie einfach kein Leben: In zehn islamischen Staaten steht auf Homosexualität sogar die Todesstrafe. Die Freiheitsrechte von Frauen sind in der überwiegenden Mehrheit der islamischen Länder stark eingeschränkt, zum Beispiel weil minderjährige Mädchen verheiratet werden dürfen, das Recht von Frauen auf Ehescheidung eingeschränkt ist und ihnen nach einer Scheidung das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen wird. Außerdem erhalten Frauen in den meisten islamischen Ländern nur die Hälfte dessen, was Männer erben. Wenn das Scharia-Recht in vollem Umfang gilt, sind ihre Stimmen in Strafverfahren auch nur die Hälfte wert; Frauen können wegen außerehelichen Geschlechtsverkehrs strafrechtlich verfolgt werden, selbst wenn sie vergewaltigt wurden.

Wenn religiöse und politische Macht zusammenfallen, treibt das den Preis der Staatsmacht in die Höhe. Denn wer den Staat kontrolliert, definiert auch, was im religiösen Sinne erlaubt und verboten ist. Die Unterdrückung religiöser Minderheiten in der islamischen Welt führt zu anhaltenden und gewalttätigen Konflikten, zum Beispiel zwischen Sunniten und Schiiten, aber auch zwischen Fundamentalisten und säkularen Gruppen oder zwischen verschiedenen Strömungen innerhalb des fun-

damentalistischen Lagers. In Ländern mit großen islamischen Minderheiten wie Nigeria, Thailand und den Philippinen führt das Ziel der Errichtung eines islamischen Staates und der Einführung der Scharia zu gewaltsamen Konflikten zwischen Muslimen und der übrigen Bevölkerung. Eine radikale Abkehr von der breit geteilten Vorstellung des politischen Islams, dass religiöse Gesetze für das soziale und politische Leben maßgebend sein sollten, ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass Demokratie und Frieden auch in der islamischen Welt eine Chance bekommen.

*Ruud Koopmans ist Direktor der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung und Professor für Soziologie und Migrationsforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er ist der Autor des Buches: *Het vervallen huis van de Islam. Over de crisis van de islamitische wereld* (Amsterdam: Prometheus 2019).*



Das WZB im Film: Für Fragen, auf die es ankommt

Wie bringt man ein Forschungsinstitut Menschen nahe, die noch nie von ihm gehört haben? Manchmal braucht es dafür Bilder, ein wenig Pathos, eine Prise Ironie vielleicht auch. All das haben wir mit Studierenden der Filmakademie Baden-Württemberg gewagt. Entstanden sind 60 Filmsekunden WZB (Regie: Willi Kubica). Im Mittelpunkt stehen unsere Forschungsfragen. Es sind die großen Fragen unserer Zeit. Was und wie müssen wir lernen, um frei und selbstbestimmt zu leben? Wieviel Ungleichheit verkraftet eine Gesellschaft? Was bedeutet Integration und was macht uns Angst? Jede Frage findet ihr Pendant in einem Bild, getragen von Musik, die Meike Katrin Stein für das WZB komponiert hat. 60 Sekunden für Fragen, auf die es ankommt. Kann das gut gehen? Schauen Sie selbst: youtube.com/wzblive